

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen - Jugendliche und Eltern entlasten

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag über die aktuelle Situation der Fahrtkosten bei Schülern und Auszubildenden in Thüringen zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:
 - a) Zahl der Schüler und Auszubildenden in Thüringen, die von einem solchen Ticket profitieren würden,
 - b) bereits bestehende Angebote verbilligter Nahverkehrstickets für Schüler und Auszubildende in Thüringen,
 - c) Erfahrungen in anderen Bundesländern mit Schüler- und Auszubildendentickets;
2. zeitnah ein Konzept zur Einführung eines vergünstigten, thüringenweit einheitlichen Schüler- und Auszubildendentickets zu entwickeln und dem Landtag vorzulegen, so dass zum Start des Berufsbildungsjahres 2015/2016 bereits eine Entlastung der Schüler und Auszubildenden erfolgen kann; dabei soll unter anderem ein Angebotsmodell geprüft werden, das auf den bereits existierenden lokalen Schülertickets aufbaut und alle auf Thüringer Gebiet tätigen Verkehrsverbünde und -unternehmen in einen entsprechenden Rahmenvertrag einbezieht;
3. in die Entwicklung dieses Konzepts eines thüringenweiten Schüler- und Auszubildendentickets Vertreter der Schüler und Auszubildenden, Eltern, Schulen und Berufsschulen sowie Verkehrsverbünde und -unternehmen sowie die Kommunen einzubeziehen.

Begründung:

Mobilität, gerade für junge Menschen, muss unabhängig von Auto, Wohnsitz oder der Geldbörse der Eltern möglich sein. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs für Jugendliche ist nicht nur die ökologischste und sozialste Variante, um eine flächendeckende Mobilität junger Menschen zu gewährleisten, sie ist auch die ökonomischste und volkswirtschaftlich sinnvollste. Der öffentliche Personennahverkehr garantiert jungen Menschen aber nicht nur ein zahlbares "von A nach B kommen", sondern sichert Arbeitsplätze, fördert den Wirtschaftsstandort im Allgemeinen und trägt zu einer Vernetzung der Bevölkerung im Lande bei.

Die Lebensrealitäten vieler Jugendlicher haben sich in den letzten Jahren massiv verändert, viele leben in verschiedenen Haushalten, fahren am Wochenende zu einem Elternteil in einem anderen Ort oder haben ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsort nicht in ihrer Wohngemeinde. Dies

verursacht für viele Familien erhebliche Kosten. Deshalb muss es möglich sein, hier eine Entlastung herbeizuführen.

Auch unter den Gesichtspunkten der demografischen Entwicklung und den weiter werdenden Wegen zu den Berufsschulen bzw. den jeweiligen Fachklassen ist eine Entlastung der Auszubildenden bei den Fahrtkosten angezeigt. Denn nimmt man das Modell der dualen Ausbildung ernst, muss es auch künftig attraktiv für junge Menschen sein, eine duale Ausbildung zu absolvieren.

Für die Fraktion:

Mohring